

## Russische Kriegsgefangene und „Ostarbeiter“ in Bremen

**Das Schicksal der Russen, die ab 1941 in Bremen durch Arbeit vernichtet worden sind, ist kaum bekannt.**

*„Der Einsatz von Sowjetrussen war ein vollkommener Fehlschlag. Die Russen waren nicht einsatzfähig. Trotz guter Behandlung und guter Kost! Zuletzt brach eine Seuche aus, sodaß über das Lager eine Sperre verhängt wurde... Der größte Teil der Russen ist bis zum Berichtstage verstorben. Es wird versucht, den Rest der Überlebenden in Sammellager wieder abzuschieben.“*

Dieser Aktenvermerk des Bremer Bausenators Dr. Fischer vom 11.12.1941 schloss formal das erste Kapitel der Ausbeutung und Vernichtung sowjetischer Kriegsgefangener in der Hansestadt. Ende Oktober 1941, nur 4 Monate nach dem deutschen Überfall auf die UdSSR, waren die ersten 600 Kriegsgefangenen per Eisenbahnwaggon auf dem Oslebshauer Verschiebebahnhof angekommen.

*„Die körperliche Verfassung der Gefangenen was derart schlecht, dass der (Arbeits-) Einsatz vorläufig nicht erfolgen konnte“* beschwerte sich damals ein Mitarbeiter Fischers. Die Gefangenen wurden zunächst in einem Lager an der Grambker Heerstraße untergebracht. Sie nahmen den Platz von 300 französischen Kriegsgefangenen, erhielten per Erlass des Wehrkommandos des Heeres (OKH) vom 8.10.1941 nur halbe Verpflegungsrationen, weil „die Sowjetunion (nicht) dem Abkommen über die Behandlung Kriegsgefangener vom 27.7.1929 beigetreten“ war.

Sie sollten zunächst nur in der Landwirtschaft arbeiten, weil *„diese Kräfte an und für sich die primitivsten Lebens- und Verdienstverhältnisse gewohnt sind und.. .. sie damit für Arbeiten eingesetzt werden können, für die wegen der mangelnden und Lohnverhältnisse sonstige Kräfte nur schwer einzusetzen sind“*, heißt es in einem Schreiben des Arbeitsamtes vom 31.10.1941. Daraus wurde nichts.

Weil der aufwendige Russlandkrieg langfristig die deutschen Arbeitskräfte für das Heer band, mussten die russischen Kriegsgefangenen, später auch die verschleppten Zivilisten („Ostarbeiter“), mehr und mehr Aufgaben vor allem in der Bauindustrie übernehmen: Bunkerbau, Beseitigung von Fliegerschäden, sogar in Rüstungsfirmen wie Borgward und Focke-Wulf Flugzeugbau entstanden ganze „Russenlager“.

Insgesamt sind während der Kriegsjahre mindestens 14.000 russische Zwangsarbeiter in Bremen eingesetzt worden, die meisten davon sind dabei durch Erschöpfung gestorben oder ermordet worden. Die Zahl der Kriegsgefangenen ist nicht bekannt.

*„Die Leute sind sehr schwer zur Arbeit heranzuziehen, und zwar insofern, da sie nichts in den Knochen haben und umfallen“*, beschwerte sich die Baufirma Franz Brüggemann am 31.10.1941 beim Bausenator. Viele Betriebe, die von der Senatsbehörde russische Arbeiter angefordert hatten, kritisieren die mangelnde Ernährung der Häftlinge, weil sie zu schwach für die Arbeiten sind.

Aufschluss über die Ernährungslage der Russen in Bremen gibt ein Eilbrief des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) vom 12.11.1941:

*„Praktische Versuche haben ergeben, dass sich die bei der Rübenernte anfallenden*

*Zuckerrübenblätter . . . in gekochtem Zustand als Gemüse für die sowjetischen Kriegsgefangenen verwenden lassen.*" Wahlweise als Spinat oder Eintopf, wie das OKW zynisch empfiehlt.

Ein „Wiegeexperiment“ unter 20 Ostarbeitern des Lagers Huckelriede (am Buntentorsteinweg Ecke Niedersachsendamm) aus dem Jahr 1942 listet Körpergewichte erwachsener Männer zwischen 36,5 und 51 Kg auf.

Die Russen haben nichts: Keine Arbeitskleidung, keine Schuhe, keine Decken gegen die Kälte. In den Lagern fehlt es an sanitären Einrichtungen, Seuchen greifen um sich. Wer zu erschöpft ist, um zu arbeiten, wird „abgeschoben“. Im offiziellen Wortlaut der Behörden hieß es: Zurück ins Sammellager, tatsächlich gingen die Transporte in die Vernichtungslager. Von Bremen aus meistens nach Oranienburg. Eine Namensliste eines solchen Rücktransports nennt die Namen zweier Zwölfjähriger. Hinter der nüchternen Transportbenachrichtigung verbarg sich das sichere Todesurteil. Bei vielen muss es nicht mehr vollstreckt werden.

Am 25. Februar beschwert sich der Kommandant des Sammellagers Wietzendorf bei Nienburg beim Bremer Bausenator. 33 sowjetisch Kriegsgefangene seien *„auf einem offenen Lastkraftwagen (von Bremen aus) über 100 km nach hier“* befördert wurden. Unter solchen Bedingungen sei es kein Wunder, wenn die Kriegsgefangenen nicht arbeitsfähig seien.

Der Bausenator sieht sich dem Kommandanten gegenüber unter Rechtfertigungsdruck: *„Der Transport erfolgte auf einem LKW Kastenwagen mit etwa 75 cm hohen Seitenwänden. Der Wagen war mit einer Plane abgedeckt. Den 33 gesunden Gefangenen wurden 36 Bund Stroh in den Wagen gegeben, sodass jeder Gefangene warm und weich saß. Die Entfernung zwischen Bremen und Wietzendorf beträgt nicht über 100 km, sondern genau 96 km...“*

Die Leichen der sowjetischen Kriegsgefangenen werden nach streng rationellen Gesichtspunkten verscharrt. Ein Schnellbrief des Reichsministers des Innern an die Kommunen vom 7.10.1941 legt fest:

*„Die Leiche ist mit starkem Papier (möglichst Öl-, Teer oder Asphaltpapier) oder sonst geeignetem Material vollständig einzuhüllen. Die Überführung und Bestattung ist unauffällig durchzuführen. Bei gleichzeitigem Anfall mehrerer Leichen ist die Bestattung in einem Gemeinschaftsgrab vorzunehmen. Hierbei sind die Leichennebeneinander (aber nicht übereinander) in der ortsüblichen Grabestiefe zu betten... Die zur Aufbewahrung der Leichen benutzten Räume (Bahnhofsschuppen, Leichenhallen) sowie die benutzten Gefährte sind in jedem Fall einer Desinfektion zu unterziehen. Die Kosten ...sind von der Gemeinde vierteljährlich bei derjenigen Wehrkreisverwaltung anzufordern, in deren Bezirk die Gemeinde liegt. Belege sind beizufügen...“*

Trotz *„guter Behandlung und guter Kost“* so heißt es in der schon einmal zitierten Aktennotiz des Bausenators, seien die russischen Kriegsgefangenen nicht arbeitsfähig gewesen. Am 3. Januar 1942 besuchte der Stabszahlmeister des Wehrkreises Nienburg das verlassene Lager in der Grambker Heerstraße. Sein Bericht:

*„Im Lager befinden sich noch Bekleidungsstücke der verstorbenen Russen, welche zum großen Teil mit Kot beschmutzt sind... Die Bez. Verw. Dienststelle bittet um eine schnelle Erledigung der Angelegenheit, da der Unternehmer (Senator für Bauwesen) das Lager dringend braucht und dasselbe vorher desinfiziert und entwest werden muß.“*

Es sind die Kleider der 371 sowjetischen Kriegsgefangenen, die nach ihrer Ankunft in Bremen an Erschöpfung gestorben waren. Ab 1942 werden auch Zivilisten der besetzten Gebiete in der Sowjetunion zur Zwangsarbeit nach Deutschland gepresst. SS und Wehrmacht erheben Stückzahlen für einzelne russische Gemeinden, welche Gemeinde ihr Kontingent nicht erfüllt, wird erbarmungslos niedergebrannt. Die russischen Zivilisten müssen die deutsche Kriegswirtschaft weiter auf Trab halten. Allein von April bis Dezember 1942 werden pro Woche 40000 Zivilarbeiter aus der UdSSR ins Deutsche Reich verschleppt.

„Ohne Ausländer wäre für Deutschland dieser Krieg spätestens im Sommer 1943 beendet gewesen“ urteilt der Hagener Historiker Ulrich Herbert. Während des Krieges entstehen in Bremen 200 einzelne Lager, die die Zwangsarbeiter aufnehmen. Zwischen 50 und über 1000 Menschen leben hier dichtgedrängt unter den erbärmlichsten Umständen.

Die russischen Zwangsarbeiter, „Ostarbeiter“ genannt, bekommen überall verschärfte Lebensbedingungen: Mit Drähten und Gräben abgetrennte Lagerbaracken, knappe Lebensmittel, dazu ein regelrechtes Verbot, die Versorgungslage durch größere Zuteilungen zu verbessern.

In der Behandlung russischer Zwangsarbeiter dokumentiert sich der nationalsozialistische Herrenrassenwahn gegen die „östlichen Untermenschen“. Auf dem Papier dagegen sieht die Situation für die Zwangsarbeiter rosiger aus als sie ist. Nach genauen Tabellen sieht ihnen sogar Lohn zu: Für ihre Arbeit erhalten sie zunächst 60% des gültigen Stundenlohns. Bei einem durchschnittlichen Arbeitslohn von 60 Pfennigen und einem 10 Stunden-Arbeitstag (mal sechs pro Woche) erhält ein Zwangsarbeiter von den 36 Reichsmark pro Woche 19,60 Mark. Davon allerdings werden ihm Kosten für „Unterkunft“, „Verpflegung“, „Sachleistungen“ und „Reisekosten“ abgezogen. Für die verbleibenden Pfennige bieten Bremer Banken das „Ostarbeiter-Sparen“ an.

Die Zwangsarbeiter können ihr Geld, wenn Sie es überhaupt jemals sehen, gegen Papiermarken eintauschen. Das ist die einzige Möglichkeit, das verdiente Geld nach einer Rückkehr in die Sowjetunion mit über die Grenze zu nehmen. Laut Devisengesetz dürfen an Bargeld nicht mehr als 10 Mark über die Reichsgrenze genommen werden. Das Versprechen der Banken: Im besetzten „Gouvernement“ werden die Marken im Wert von 1, 3, 5 oder 10 Reichsmark wieder eingetauscht.

Sogar kranken- und sozialversichert sind die Zwangsarbeiter auf dem Papier. Die Unternehmer zahlen pro Person vier Reichsmark im Monat an die Krankenkasse. Arbeiter, die sich krank melden, werden allerdings sofort abgeschoben. Ab 1942 „dürfen“ die Unternehmer dann laut Weisung des OKH zusätzliche Essensrationen an die schwerstarbeitenden Russen verteilen – wenn sie sich selbst bezahlen und besorgen.

Die Beschwerden der Firmen über mangelnde Arbeitsleistung, als Folge unzureichender Ernährung und zunehmender Verwahrlosung reißen nicht ab. So beschwert sich die Arbeitsgemeinschaft Ransmann, ein Baubüro aus Ochtrup, am 9.12. 1942 schriftlich beim Bausenator:

*„Die Genannten kommen wohl fast regelmäßig zur Arbeit; indessen sind sie im unbewachten Augenblick spurlos verschwunden und ziehen auf Müllkastenfoschungsreise oder suchen sich Marktabfall zusammen und kommen nur zur Bunkersuppe wieder auf die Baustelle.“*

Weil die Wirtschaft aber weiter laufen muss, bemühen sich die Behörden zumindest auf dem Papier, die Lage der Zwangsarbeiter zu verbessern, widerwillig:

*„Es ist menschlich verständlich, insbesondere bei der Härte des Krieges im Osten, daß es im ersten Augenblick für die deutschen Volksgenossen, denen sowj.K.Gef. zur Arbeit zugeteilt sind, eine Zumutung darstellt, eine fürsorgliche und anständige Behandlung dieser K.Gef. zu verlangen, während der deutsche Volksgenosse vielleicht seinen Sohn oder Bruder als Opfer des Krieges im Osten betrauert. Im Interesse der für die deutsche Kriegsführung entscheidend notwendigen Steigerung der Arbeitsleistung der K.Gef. ist aber eine angemessene Fürsorge für das körperliche und seelische Wohl der K.Gef. und die Unterlassung von Misshandlungen erforderlich“* schreibt das Arbeitsamt mahnend an die oberste „Leihbehörde“ in Bremen, den Bausenator.

Ab 1943 treffen sich regelmäßig die Betriebsführer der Firmen, die russische Zwangsarbeiter beschäftigen, zum Erfahrungsaustausch im Bremer Lokal „Altes Brauhaus“. Dort werden Vorschläge gesammelt, wie man die Arbeitsleistung der Russen steigern könnte. Die Betriebsführer schlagen je einen halben Tag arbeitsfrei am russischen Weihnachts- und Neujahrstage vor. Zusätzlich sollen „Spieleabende“ eingeführt und geeignete Tänzerinnen für kulturelle Veranstaltungen im Lager ausgeguckt werden.

In den Gemeinschaftsbaracken werden „Führerbilder“ aufgehängt und ausgewählte Propagandisten sollen den Zwangsarbeitern erklären, *„dass eine vorbildliche Leistung im Arbeitseinsatz als*

*eine aktive Teilnahme am Kampf gegen den Bolschewismus bewertet und auch belohnt wird."*

Die Realität sieht so aus: Für das Jahr 1943 sind Wanzenplagen und Fleckfieberseuchen dokumentiert. Die Erkrankten in den Lagern werden möglichst schnell „abgeschoben“. Die notwendige Quarantäne ganzer Lager bringt die Unternehmer in Schwierigkeiten, deshalb werden keine Vorsichtsmaßnahmen getroffen und die Seuchen weiter verbreitet.

Der Reichsminister des Innern verkündet in einem Erlass am 28.1.1943: „Es ist auf keinen Fall angängig, daß die Abgabe zu den Arbeitskommandos durch fort gesetzte Entlausungen in den Kriegsgefangenenlagern verzögert wird.“

Es fehlt an allem Lebensnotwendigen. Hunger, Seuchen, Gewalt und Tod herrschen in den Lagern, und die deutsche Bürokratie treibt inmitten des Schreckens ihre seltsamsten Blüten:

Am 17. Mai 1944 geht beim Bausenator ein Antrag des Lagerleiters Häschenstraße ein. Darin heißt es:

*„Da die in unserem Gemeinschaftslager beschäftigten Osterarbeiterinnen auch zur Essensausgabe an Reichsdeutsche heran gezogen werden müssen, benötigen wir unbedingt einige Kittel sowie weiße Schürzen, es handelt sich dabei um folgende Größen...“*

Zwangsarbeiter hatten bei Fliegeralarm keinen Zutritt zu Schutzanlagen. Bei einem Luftangriff auf Bremen am 6. Oktober wurden allein auf eines der größten Zwangsarbeiterlager, das „Gemeinschaftslager Huckelriede“ mit bis zu 1000 russischen Kriegsgefangenen 4500 Stabbrandbomben abgeworfen: Die Zahl der Opfer ist nicht bekannt.

Nach der Befreiung der Zwangsarbeiter in Bremen hörte das Leiden der Menschen nicht auf. In ihrer Heimat erwarteten sie oft Vorwürfe der Kollaboration mit den Faschisten. Wer konnte schon nachweisen, dass er verschleppt und durch Arbeit vernichtet werden sollte. Erst in der letzten Woche noch traf über Umwege ein Brief aus der Sowjetunion in Bremen ein. Darin bittet ein ehemaliger Zwangsarbeiter um die Bestätigung, dass er nach seiner Arbeit bei der Bremer Borgward zunächst geflohen, dann aber gefasst und ins Konzentrationslager „Lublinau“ gesperrt worden sei.

*„Ich bitte Sie, meine Aussagen zu bestätigen: wenn sie bestätigt sind, könnten die Dokumente zeigen, dass ich in jener Zeit nicht Faschist, sondern Antifaschist war, und ich will diese verbliebenen Jahre mit reinem Gewissen sterben. Es ist wenig Zeit, und ich befinde mich in einer verachteten Lage, alles ist völlig umsonst und beleidigend. Ich bitte die (staatliche) Organe Deutschlands, die Echtheit dieser Fakten zu überprüfen, dafür werde ich beten...“*

Der Sowjetrusse wird vergeblich warten: Vollständige Listen der russischen Zwangsarbeiter hat es nie gegeben. Nur die Gestapo hat hin und wieder die Insassen gezählt, um mit den Behörden die Gelder abrechnen zu können.